

Bildung soll auf den freien Markt

Initiative Die nötigen Unterschriften für eine «Bildungsvielfalt für alle» sind eingereicht

Die Baselbieter Verfassungsinitiative mit dem Titel «Bildungsvielfalt für alle» will dem Staat das Bildungsmonopol streitig machen.

JÜRGE GOHL

Die Elternlobby Schweiz mit der Reinacherin Pia Amacher an der Spitze möchte die Auswahl im nationalen Bildungsbereich ausweiten und beginnt ihren Feldzug im Baselbiet. Gestern überbrachte ein Samichlaus, der von zahlreichen Kindern, Eltern und zwei Eseln begleitet war, in Liestal die erforderlichen 1500 Unterschriften zur Verfassungsinitiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle».

Das Hauptanliegen der Initianten besteht darin, dass der Staat private Schulen stärker fördern soll, indem er ihnen pro Kind gleich viel Geld überweist, wie er für dieses Kind an einer Staatsschule aufwenden müsste. «Heute wende ich viel Geld für meine Kinder auf, die eine nicht-staatliche Schule besuchen, und zahle zugleich via Steuern an die Staatsschule», sagte gestern ein Vater, der zugleich als Lehrer an einer Privatschule tätig ist.

«Territorialprinzip» aufbrechen

Während Zsolt Joanovits als Vizepräsident der Elternlobby Schweiz die Vorteile eines erweiterten Bildungsangebots für die Kinder hervorhob, stellte SVP-Landrat Thomas de Courten, der ebenfalls dem Initiativkomitee angehört, die wirtschaftlichen Vorteile des Begehrens dar. Joanovits, der die kurzfristig verhinderte Präsidentin vertrat, berief sich auf einen Grundsatz der UNO-Menschenrechtserklärung, der den Eltern die freie Wahl der Bildung für ihre Kinder zugeht. Heute würden Kinder nach dem «Territorialprinzip» eingewiesen, sagte er, auf die individuellen Bedürfnisse, auf Stärken und Schwächen werde wenig eingegangen.

Joanovits gestand der Nordwestschweiz ein bereits breites Bildungsangebot zu, doch sei es schwierig, davon zu profitieren. «Uns Eltern ist es egal, ob eine Schule in staatlicher oder freier Trägerschaft steht. Hauptsache ist, dass sich unser Kind gut entfalten kann», sagte er.



1500 UNTERSCHRIFTEN Begleitet von zahlreichen Schulkindern überreicht der Samichlaus dem Baselbieter Landschreiber Walter Mundschin die Initiative für eine «Bildungsvielfalt für alle». NICOLE NARS-ZIMMER

Thomas de Courten ist es als Politiker und Vater schulpflichtiger Kinder ein Anliegen, dass die Bildung unter ihrer Käseglocke hervorgeholt wird. «Der freien Marktwirtschaft verdanken wir unseren Wohlstand», sagte er, «aber mir scheint, dass die Schulleitungen die Kinder behüten wollen vor den wirtschaftlichen Realitäten.» Deshalb fordert de Courten «gleich lange Spiesse für Privatschulen» und «mehr Wettbewerb im Lehrerbereich». Dass der Lehrerinnen- und Lehrerverein bereits deutlich Stellung gegen die Initiative bezogen hat, überraschte den SVP-Landrat nicht: «Dort herrscht eine sehr hohe Veränderungsresistenz.»

Auch Juliana Nufer, seine freisinnige

Ratskollegin, kennt Gründe, die gegen diese einschneidende Änderung sprechen – etwa die ohnehin schon zahlreichen Bewegungen im Bildungsbereich. Dennoch ist sie überzeugt, dass ein Bildungssystem nach ihrer Vorstellung weit besser auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen könnte.

Nufer stellt auch fest, dass begehrte Nischenangebote wie etwa Tagesschulen im Baselbiet rar sind. Sie betont, dass nichtstaatliche Schulen als Subventionsempfänger den gleichen Qualitätsstandard wie Staatsschulen erreichen und sich auch Kontrollen unterwerfen müssen. Nufer schätzt, dass das neue System auf eine staatliche Anschubfinanzierung

angewiesen wäre, dann aber keine regelmässigen Kosten mehr auslöst: «Wir wünschen uns keinesfalls eine nichtstaatliche Schule mit staatlich subventioniertem Lohnsystem.»

Heini Mundwiler aus Hölstein, ein früherer Lehrer, glaubt, dass das neue System im Baselbiet etwa vier neue Schulen hervorbringen würde. Zudem würde es bei den Lehrpersonen ein «pädagogisches Feuer» entfachen, das er heute bisweilen vermisst. Im neuen System könnten die Lehrpersonen eigene Ideen umsetzen, ohne von staatlichen Lehrplänen gehindert zu werden, sagt er. «Heute haben wir eine von oben diktierte Schule. Die neue Schule wäre eine Schule von unten.»